

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf (einschl. Postgebühren) monatlich 90 Pf. (einschl. Postgebühren) vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Coloniensgebiete 2,50. — Preiszeitung mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, U. Tel. 3425. Sprechstunden nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Jungferstraße 14, U. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Kleinanzeigen 30 Pf. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 21.

Dresden, Donnerstag den 27. Januar 1910.

21. Jahrg.

Der Kampf um die Schule in Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

Ch. R. Paris, 26. Januar.

Die Mut der Merkale über die Erfolglosigkeit ihrer Forderungen gegen den Staat, der der Kirche Vales sagte, hat ihren Ausdruck in einem Verweilungskampfe gegen die weltliche Schule gefunden. Seit 1882 bezieht Frankreich den obligatorischen und unentgeltlichen Schulunterricht und hat große Fortschritte auf diesem Gebiete gemacht. Die weltliche Schule ist das herrschende Merkmal der bürgerlichen Republik, der Temporalität. Bei allen ihren Mängeln, die aus dem Klassencharakter des gegenwärtigen Staates resultieren, hat die weltliche Schule doch gewaltig viel Bedeutendes geleistet. Sie hat zur Beseitigung des Volkstums von den Mächten der mittelalterlichen Diktatur, von Unwissenheit und Aberglauben beigetragen.

Die Kirche hat seit Jahrhunderten, besonders aber seit der Revolution den Anspruch auf die Bekämpfung der Kinderschule behauptet. Das Kind soll im Schoße der Kirche zu einem Verkörperung der Nation herangezogen werden. Die Kirche im Lande hat es verstanden, während der Restaurationsepoche und des zweiten Kaiserthums sich der Volksschule zu bemächtigen, die mittleren Schulen und die Universitäten fast zu betriebslos zu machen. Die Kirche hat sich zur Verfügung zum Zweck der Nationalen Verkörperung des Volkstums.

Die Republik mußte lange für ihre Existenz kämpfen, bevor sie wagen durfte, der realistischen Mut auf dem Schulgebiete einen ersten Widerstand leisten zu können. Erst nachdem sie ihren Boden unter sich fühlte, konnte sie mit Hilfe von Jules Ferry und Paul Bert den Kampf um die Verweltlichung der Schule mit Erfolg unternehmen.

Die weltliche Schule wurde ihrerseits zur mächtigen Stütze der Republik. Der Staat und der Schulmeister kämpften mehr oder weniger offen einander in jedem Tische: der eine für die Nation, der andere für die Republik. In den realistischen Kreisen des Westens und Nordens ist der Lehrer ein wahrer Kämpfer seiner Überzeugung und der Republik, da er allein den feindlichen Mächten der Vergangenheit gegenüber steht. Es hängt von der jedesmaligen Stimmung der Regierung ab, ob er ernst oder lau von seinen politischen Schülern in diesem schlichten Kleinkampfe unterstützt wird.

Als Vorwand des neuen Feldzugs der Reaktion gegen die ihr verhasste weltliche Schule waren von den Spitzen der Kirche die Petitionen, die in der Schule gebraucht werden, ausgenutzt. Die Bischöfe, auf Befehl aus Rom, verständigten sich und erließen eine Art Bulle gegen die Schulbücher in das Land. Sie verurteilten aus kirchlicher den weltlichen Schulunterricht. Der Schulmeister an die Eltern katholischer Konfession war eine Unterstützung der Kinder gegen ihre Lehrer. An zahlreichen Orten fand dieser Ruf der Unterstützung einen energischen Nachhall. In vielen Gemeinden wurden die Schulbücher von den Kindern vertrieben, den Lehrern Widerstand geleistet. Der Kampf der Bischöfe gegen die Schule erinnerte an die jähren Zeiten, da die Kirche sich gegen die beherrschenden Priesterschaften über die kirchlichen Mächte auslehnte, Krieg und heilige Obliegenheiten mit Füßen trat, um sich für die erfolgreiche Trennung der Kirche vom Staate zu öffnen. Das die erwachsenen Männer und Frauen nicht verstanden, nämlich den Willen des republikanischen Staates zu brechen, das sollten jetzt die Schuljünglinge, die Kinder bringen. Die Mittel sind der Kirche gut, um Treue, Bildung und Weltlichkeit zu bekämpfen.

Herr Viviani, der Ministerpräsident, ärgerte lange, dem Anruf der Bischöfe ein energisches Halt entgegenzusetzen. Obwohl der Anruf der Kirchenleute vor seiner großen politischen Rede in Vergebung erfolgte, erinnerte er mit seinem einzigen Worte an ihn. Er wollte augenblicklich Ruhe haben, dem Kampfe ausweichen, um sich nicht in seiner Ministerpräsidenten, die mit so viel Mühe errungen war, stören zu lassen.

Die wachsende Gefahr und die skandalöse Treue der Kirche zwangen jedoch die Regierung zur Stellungnahme. Die künftigen Wahlen spielen dabei eine Rolle. Die meisten Parteien der letzten Legislatur liefern keine genügende Wahlparole, die imstande wäre, die Weiser aufzuwärmen. Der Kampf um die weltliche Schule wird etwas mehr Leben in den bevorstehenden Wahlkampf hineinspielen.

Alle diese Umstände führten zu der höchst interessanten und lebhaften Kammerdebatte, die länger als eine Woche dauerte. Die realistischen Kreise griffen die Schulbücher an, wußten aber nicht Wichtiges vorzubringen, als manche Unbeherrschten des Bundes, solche Missethäter über theologische Gegenstände und sonstige Kleinigkeiten.

Trotzdem gelang es den republikanischen Rednern, die inneren Gründe des kirchlichen Feldzugs gegen die Schule aufzudecken. Sie zeigten ein erschütterndes Bild der geschichtlichen und wissenschaftlichen Wahrheit auf, wie sie in den Petitionen der kirchlichen sogenannten „freien“ Schulen enthalten sind, die ein paar Willkürkinder in ihren Klauen festhalten. Sie geben so weit, das Wort amour (Liebe) durch Tamour (Fausch) zu ersetzen. Die Religion, die Revolution werden als Standeswerte dargestellt. Die größten Denker und Schriftsteller werden verhöhnt. Man verweigert die Existenz der besten Denker, wenn sie Kritiker der Kirche waren.

Der Gipfel der Schuldebatte bildete die glänzende Rede des Herrmann Jaurès, die eine begeisterte Aufnahme auf den Bank der gesamten Linksparteien fand. Jaurès, ein ehemaliger Universitätsprofessor, redigierte gegenwärtig die verbotene Schul-

zeitschrift. Die Schulfrage ist ihm ein gut bekanntes Feld. Seine literarische und philosophische Bildung eignet sich vorzüglich für die Behandlung solcher Gegenstände. Jaurès begründete die Pflicht der Temporalität, der Tochter der Revolution, die heranzwachsenden Generationen auf den Grundlagen der Wissenschaft, der Vernunft und der Weltlichkeit auszubilden. Die Sozialisten verwerfen nicht blindlings die ganze Vergangenheit. Alle lebendigen Kräfte derselben werden vom Sozialismus ausbelehrt. Er rief dem gelehrten Literaten Viviani, dem Freunde der Tradition, des Alten, zu: „Wir behalten die Flamme der Vergangenheit, während Sie doch die Axt ausbelehren.“ Die Kirche will weder das Recht der Eltern wahren, noch das der Kinder: das Recht Gottes genügt ihr vollkommen. Das Kind soll der Kirche gehören.

Jaurès verurteilte die kirchliche Kritik der Schulbücher und zeigte die Ungeuerlichkeiten der Lehrbücher der kirchlichen Schulen. Er betonte es aber, daß die Petitionen der Valeschulen der Schicksalsberuf der Lebensführung der Gegenwart auszuüben. Er erklärte sich für das alleinige Recht des Staates über die Schule, wenn es gegenwärtig auch nicht möglich ist, es voll durchzuführen.

Viviani's Intervention im Namen der Regierung verriet mehr Verlegenheit als Kompromiß. Viviani will es mit keiner Partei verbinden. Der Viviani erklärte er das Monopol des Lehrrechts für unüberwindlich. Der Viviani sprach er sich der weltlichen Schule. Die Regierung will zu diesem Zweck der Kammer eine Gesetzesvorlage unterbreiten.

Die Debatte endigte mit einem Vertrauensvotum für die Regierung unter mißtraulicher Stimmeneinstellung der Sozialisten. Das Land bedarf eines tüchtigen Schutzes der Schule gegen die Reaktion.

Zollkämpfe.

Das Deutsche Reich ist gegenwärtig in mancherlei handelspolitischen Unsicherheiten und Gefahren verwickelt. Das handelspolitische Verhältnis zu Amerika, zu Frankreich, zu Portugal ist in der Schwärze und es ist auch unklar, ob diese Fragen ohne neue schwere Schädigungen der deutschen Industrie gelöst werden können.

Die Kommission des Reichstages für den portugiesischen Handelsvertrag trat am Mittwoch vor der Plenarversammlung zur Verhandlung zusammen. Der Vertrag wurde mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die zustimmende Minderheit besteht aus den Konservativen, einem Freikonserwativen, den Zielbewegungen, Sozialdemokraten. Der Abgeordnete Fuhrmann (national-liberal) gab die Erklärung ab, daß das einstimmige Votum der Mitglieder der Kommission nicht die einzelnen Mitglieder der Kommission in ihrer endgültigen Stellungnahme präjudiziert. Es wird angenommen, daß der Vertrag im Plenum des Reichstages doch noch eine Mehrheit finden wird.

Über die deutsch-amerikanischen Verhandlungen wird aus Washington gemeldet, daß dort die Neigung zu einem Kompromiß im Wachen sei. Die Streitigkeiten wegen des ausgeschlossenen Fisches und der Fischzucht, so heißt es, seien bereits beilegt, und nur die Frage wegen der Auslieferung lebenden Fisches bleibe noch zu lösen. Eine Neuverhandlung über die Fischzucht wird nicht bevor, das ein Tarifkrieg von dem amerikanischen Volke nicht mit Gleichmut aufgenommen würde. Man empfinde es als sonderbar, daß die Washingtoner Regierung auf der einen Seite die „Fischzucht“ gerichtlich zu verfolgen drohe, gleichzeitig aber ihre Manipulationen im Inlande durch die Deutschland gegenüber eingehenden Politik erleichtern wolle.

In Interessentkreisen herrscht jetzt vielfach die Auffassung, die auch von einem Teile der Presse geteilt wird, daß es mit dem 7. Februar zum Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten kommen müsse, wenn bis dahin keine Verständigung erzielt wird. Die Ansicht ist, wie aus der Handelsvertragskommission ersieht, durchaus irrtümlich und unangebracht. Eine Verständigung herbeizuführen, ist ein Ziel, das bei dem Generalrat automatisch mit dem 7. Februar gegenüber der Einwirkung der Vereinigten Staaten in Kraft treten, wenn bis dahin eine Einigung nicht zustande kommt, und die deutsche Regierung bedürfte auf jeden Fall einer besonderen Ermächtigung durch den Reichstag, um den Vereinigten Staaten auszuweichen in den deutschen Verhältnissen im bisherigen Umfang zu sprechen. Aber das Vertrauen des deutschen Generalrats bedeutet keineswegs den Stillstand. Denn der Generalrat ist nicht als absetzbar mit dem Reichstag. Dieser besteht nach § 10 des deutschen Tarifgesetzes in 120 Mitgliedern, die bis zum nächsten Vertrage des Generalrats oder bis zur Höhe des vollen Wertes gehen können. Zollschlüsse würden aber erst dann in voller Kraft unterworfen sein. Dies kann nach dem amerikanischen Tarifgesetz nicht vor dem 1. April der Fall sein. Dazu kommt, daß der Vertrag des Kongresses ein Entzug vorliegt, der, wie es heißt, mit Unterbrechung der Regierung eingebracht ist, den Termin für das Inkrafttreten des Kongresses bis zum 31. Dezember d. J. hinauszuschieben. Auch wenn dieser Antrag nicht durchgeht, halten wir den Ausbruch eines Zollkrieges noch immer nicht für wahrscheinlich. Denn die allgemeine Stimmung in den Vereinigten Staaten ist einem Zollkrieg gegenüber ebenbürtig günstig, wie mit anderen Ländern, und mit Deutschland ebenbürtig. Es kann wohl sein, daß das Recht der republikanischen Partei nach es kaum mögen, nach dem um recht die republikanische Partei will, mit und nicht als auch mit Frankreich, Kanada und Ceylon, um einen Zollkrieg zu provozieren.

Der Kampf um Wahlrecht und Verfassung in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns geschrieben:

Am nächsten Freitag tritt der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen zu seiner diesjährigen Session zusammen. Die allgemeine Staatsdebatte wird zweifellos beherrschend werden von der Grundfrage der elsass-lothringischen Politik. Die Neugestaltung der Verfassung und des Wahlrechts ist im Parlament zu Straßburg schon oft behandelt worden und hat schon vor Jahren ein Votum zugunsten des allgemeinen Wahlrechts und der Umwandlung des Landesausschusses in einen vollberechtigten Landtag erlebt. Aber gerade in diesem Jahre kann die Diskussion höheres Interesse beanspruchen, nachdem im Reichstage der neue Reichskanzler eine eingehende Erklärung über die Ausrückung des Bundesrats abgegeben hat. Man darf eben in keinem Augenblicke vergessen, in welchem sonderbarem staatsrechtlichen Verhältnis das Reichsland zum Reiche steht: daß die Landesgesetzgebung nur ein Surrogat der Reichsgesetzgebung ist, sie selbst den Weg „Landesausschuß—Bundesrat—Kaiser“ gehen muß, daß in erster Linie der Statthalter, in zweiter Linie der Staatssekretär nur Vertreter des Reichskanzlers sind; in anderen Worten: daß rechtlich und tatsächlich die Berliner Regierung die Auftraggeberin der Straßburger Regierung ist.

Die authentische Erklärung der Reichsregierung in der Sitzung des Reichstages vom 13. Dezember bedeutet also auch das Programm der Landesregierung. Und dieses Programm bringt die Anerkennung der Forderungen des Volkes in Abhängigkeit von einer genügend lokalen Gesinnung! Gegen eine angebliche „Verweltlichung des Landes“, die der Reichskanzler ausführlich bekämpfte, werden strenge Garantien gefordert: „Je unversäulter sich diese Bestrebungen ans Licht wagen, um so mehr schwindet die Neigung, die verfassungsmäßigen Wünsche der Elsaß-Lothringer zu erfüllen.“

Dieses Programm hat innerhalb und außerhalb des Reichslandes nur den Beifall der Altheimlichen vom Schlage der Tagesordnung und der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gefunden, die in der Erhaltung nationaler Eigenart und kultureller Selbstständigkeit eines Volkes alsobald eine nationale Gefahr erkennen müssen. Gerade diese brutale und verständnislose Germanisierungspolitik hat in Elsaß-Lothringen den dauernden Widerstand einer antireaktionären Stimmung wach gehalten, die in den letzten Jahren unter der Wirkung einer freieren französischen Politik und der aggressiven deutschen Weltpolitik noch gestärkt worden ist. Vor einigen Tagen erst hat der liberale Neueffekt, das Organ des Abgeordneten Wetterlé, im Laufe einer Polemik mit der Rheinischen Volkszeitung dem Zentrum eine scharfe Abgabe erteilt und unter drohender Androhung der protestantischen Reichstagswahlen von 1887 einen Bloß der Einheimischen aller Richtungen in Aussicht gestellt. Diese nationalpolitische Bestimmung ist lediglich die Folge jener plumpen und verletzenden Germanisation, die dazu von den Altheimlichen und in gewissem Sinne auch vom Reichskanzler als Heilmittel empfohlen wird.

Vertrauen läßt sich durch eine mißtrauliche Politik der Reichsregierung, wie sie seit dem Tage der Annekexion geübt wird, nicht erwerben. Die französische Sprache wird auf Schritt und Tritt verfolgt; nicht nur daß entgegen einem offensichtlichen Bedürfnis, den Wünschen des ganzen Volkes, ja sogar entgegen einer Forderung des gewiß nicht gefährlichen Landesparlamentes der Volksschulen der französische Sprachunterricht verweigert wird — man führt auch einen lächerlichen Kampf gegen französische Geschichtsbücher, und vor Jahresfrist ist eine Mobilitäts-Bestimmung zugunsten der Opfer der sizilianischen Erdbeben unterlag worden, weil sie von einem französischen Ensemble gegeben werden sollte! Der in der ganzen liberalen Presse vielgepriesene Konflikt der reichslotherländischen Regierung mit den Bischöfen von Straßburg und Metz ist durchaus nicht als ein Kampf des Staates gegen die Ansprüche der Kirche aufzufassen, vielmehr nur als ein Versuch, die Störung eines vermeintlich germanisatorischen Vorgangs — des Anschlusses der reichslotherländischen Lehrer an den Allgemeinen deutschen Lehrerverein — zu verhindern.

Eben dieser Fall hat nun am deutlichsten die größte politische und kulturelle Gefahr der Junggermanisation bewiesen. Das früher schon erkennbar war, ist nunmehr gar nicht zu bestreiten: die reichslotherländischen Ultramontanen nützen die aus der Regierungspolitik geborene nationalpolitische Stimmung zur Steigerung ihres Einflusses. Nationalismus ist ihnen Form und Mittel, ihr Ziel ist Merkalisierung, und ihre Erfolge verdanken sie der altheimischen Methode. Denn in Wirklichkeit ist die der Germanisation feindliche Stimmung demokratisch. Sie drückt den aus einer großen Tradition erwachsenen Drang nach politischer Selbstständigkeit und Freiheit und nach der Möglichkeit eigener politischer Betätigung aus. Es ist klar, wie hier das französische Beispiel der Vergangenheit und der Gegenwart wirken muß! Das Bedürfnis nach politischem Eigenleben läßt vollends die Bedeutung verstehen, die in Elsaß-Lothringen die Forderung der Autonomie, also der Gleichstellung mit den deut-